

## → Haushaltsantrag



Datum: 20.03.2025

Antragstellerin: **FDP-Fraktion**

Kreistagssitzung: 02.04.2025

### Mittelbereitstellung für Livestream aus den Kreistagssitzungen

#### Beschlussvorschlag

Im Haushaltsplan 2025 werden im Fachdienst „Steuerungsunterstützung, Organisation und Kreisorgane“ (Büro Kreistag) 25.000 € für die Liveübertragung der Sitzungen des Kreistages Offenbach bereitgestellt.

#### Begründung

Das Recht auf politische Teilhabe ist ein tragender Eckpfeiler der Demokratie. In Zeiten von Livestream, Video-on-Demand, sozialen Netzwerken und ständiger, privat wie beruflich genutzter, digitaler Kommunikation soll dieser durch mehr Transparenz und Offenheit auch auf kommunaler Ebene gestärkt werden. Hier werden diejenigen Entscheidungen getroffen, die sich unmittelbar und direkt auf das Leben der Bürger/-innen auswirken. Die Sitzungen der kommunalpolitischen Gremien sind jedoch in den allermeisten Fällen und seit Jahren kaum öffentlich besucht und es gibt im Nachgang nur ein kurzes Ergebnisprotokoll im digitalen Informationssystem.

Gerade in Zeiten von zunehmender Politikmüdigkeit in Verbindung mit quantitativ zurückgehender Presseberichterstattung bietet die ungefilterte Liveübertragung politischer Gremiensitzungen die große Chance, den Bürger/-innen ein niedrigschwelliges Angebot für unkomplizierte Teilhabe zu eröffnen. Für den Kreistag Offenbach, der stets an einem Werktag zur normalen Arbeitszeit tagt, gilt dies in besonderer Weise. Nicht zuletzt bietet die Liveübertragung die Möglichkeit, auch nur temporär oder punktuell interessierte Bürger/-innen unkompliziert anzusprechen. Gleichmaßen können Personengruppen mit Handicap wesentlich unkomplizierter via Livestream an der Kommunalpolitik teilhaben, als wenn - wie bisher - nur die direkte Anwesenheit vor Ort im Sitzungssaal dies zulässt

Lebendige und gelebte (parlamentarische) Demokratie als klarer Gegenpol zu Desinformation und „Fake News“ bedeutet auch, dass die demokratischen Institutionen (hier: Kreistag) alle Anstrengungen unternehmen müssen, um die Bürgerinnen und Bürger über ihre transparente und demokratische Arbeit nicht nur niedrigschwellig zu informieren, sondern auch davon zu überzeugen. Gremiensitzungen hinter faktisch (weil praktisch (fast) kein Publikum) verschlossenen Türen sind heutzutage ganz klar kontraproduktiv und widersprechen auch dem Grundsatz der Inklusion.